

»Auf die Stärken und Potenziale von Menschen schauen«

WEITER BILDEN spricht mit
Bildungsministerin ANJA KARLICZEK

Abitur, dann eine Lehre zur Bankkauffrau, anschließend eine Ausbildung zur Hotelfachfrau, Ausbildereignungsprüfung, berufsbegleitendes Studium an der Fern-Universität Hagen zur Diplom-Kauffrau – Lernen gehört zum Lebensweg der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek. Für WEITER BILDEN sprach Josef Schrader, wissenschaftlicher Direktor des DIE, mit ihr über die Notwendigkeit und die Voraussetzungen lebenslangen Lernens und über aktuelle bildungspolitische Herausforderungen und Initiativen. Das Interview wurde Anfang Mai geführt.



WEITER BILDEN: Sehr geehrte Frau Ministerin, wenn man auf Ihren Lebenslauf blickt, dann scheint lebenslanges Lernen für Sie eine Selbstverständlichkeit zu sein. Sie stammen aus einem katholischen Elternhaus, sind in einem ländlich strukturierten Umfeld in einer mittelständischen Familie aufgewachsen. Was hat ihre Bildungsbiografie gefördert, was hat sie eingeschränkt? Welche Schlüsse ziehen Sie daraus für Ihre aktuellen Aufgaben?

ANJA KARLICZEK: Ich habe mehrere Berufsausbildungen abgeschlossen. Und das Wissen, das ich da erworben habe, konnte ich immer direkt anwenden. Das hat mich motiviert und erklärt vielleicht, warum mir die berufliche Bildung heute so ein Herzensthema ist. Ich habe selbst erlebt, dass eine Berufsausbildung oft nur eine Etappe auf dem Weg des lebensbegleitenden Lernens ist. Fort- und Weiterbildung oder Studium, nach einer Berufsausbildung stehen einem viele Wege offen.

Wir alle werden immer mehr zu Dauerlernenden werden. Innovative Technologien, der Wandel in der Arbeitswelt – wer nicht ein Leben lang weiterlernt, wird im Beruf und im Alltag ganz schnell abgehängt. Lebensbegleitendes Lernen ist daher wichtig für ein selbstbestimmtes Leben und steht für mich deswegen ganz oben auf der Tagesordnung. Ich konnte den Wert des lebensbegleitenden Lernens selbst erleben: im Stadtrat von Tecklenburg, im Bundestag und jetzt als Bundesministerin. Mit meinem Haus arbeite ich nun mit Hochdruck daran, die Weichen für eine gute Zukunft für unser Land zu stellen.

In der Diskussion um eine Nationale Weiterbildungsstrategie haben Sie für »eine positive Weiterbildungskultur« plädiert und dafür, dass Fort- und Weiterbildungen eine Selbstverständlichkeit werden. Welche Akzente setzt Ihr Haus vor diesem Hintergrund bei der Nationalen Weiterbildungsstrategie?

Der digitale Wandel ändert die Berufswelt. Gerade Berufe mit vergleichsweise einfachen Tätigkeiten sind vom digitalen Wandel betroffen. Arbeitnehmer in solchen Berufen müssten ein hohes Interesse an Qualifizierung haben, bilden sich jedoch vergleichsweise wenig fort. Mit der Nationalen Weiterbildungsstrategie wollen wir genau diese Herausforderungen angehen. Wir streben eine neue Kultur in der Weiterbildung an. Das machen wir gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den Ländern und den Sozialpartnern.

»Wir streben eine neue Kultur in der Weiterbildung an.«

Meine Ziele dabei sind klar: die Finanzierungs- und Förderinstrumente in der Weiterbildung transparenter gestalten. Jedem eine gute Beratung in Sachen Weiterbildung ermöglichen. Die Zusammenarbeit aller Beteiligten und die Qualität der Angebote verbessern. Informell erworbene Kompetenzen sichtbar machen und anerkennen. Und schließlich müssen wir schon heute wissen, welche Kompetenzen morgen wichtig sind.

Europaweit wird heute diskutiert, ob die Anerkennung informell und non-formal erworbener Kompetenzen dazu beitragen kann, Talente und Potenziale zu entfalten. Wie sollte es Ihrer Meinung nach in Deutschland weitergehen? Bleibt es bei ValiKom als Modellprojekt oder strebt Ihr Ministerium einen rechtlichen Anspruch auf

Gleichwertigkeitsprüfungen von beruflichen Handlungskompetenzen an?

Wie gesagt: Mir ist es ein wichtiges Anliegen, informell erworbene Kenntnisse sichtbar zu machen. Da schlummert ganz viel in einem, was man ein Berufsleben lang gelernt hat. Das müssen wir auch entsprechend anerkennen. Ich erwarte auch von den Unternehmen, sich dafür zu öffnen. Wir müssen uns aber natürlich auch darauf verständigen, wie und nach welchen Kriterien wir diese »on the job« erworbenen Fähigkeiten anerkennen.

Die von Ihnen angesprochene Initiative ValiKom haben wir 2015 mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks gestartet. Wir entwickeln Verfahren, mit denen wir non-formal und informell erworbene berufliche Kompetenzen erfassen, bewerten und zertifizieren können. Die erste Phase haben wir erfolgreich abgeschlossen, jetzt bauen wir das Modell an 30 Standorten und für über 30 Berufe aus. Und mit den Partnern der Nationalen Weiterbildungsstrategie überlegen wir, wie wir diese Validierungsverfahren auch gesetzlich ordnen können.

Im Koalitionsvertrag wurde eine »Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung« angekündigt. Manches ist auf den Weg gebracht, wie die BAföG-Reform oder der Digitalpakt Schule. Was dürfen wir für die Weiterbildung erwarten?

Einiges: Wir werden das AufstiegsBAföG erneuern und damit berufliche Aufsteigerinnen und Aufsteiger noch stärker als bisher unterstützen. Die zukünftigen Fach- und Führungskräfte sollen sich beruflich weiter qualifizieren und vielleicht sogar den Schritt in die Selbständigkeit wagen. Damit wollen wir den individuellen Lebensentwurf unterstützen und gleichzeitig Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland stärken.

Konkret werden wir die Leistungen deutlich anheben. Dafür stellt der Bund in dieser Legislaturperiode zusätzlich 350 Millionen Euro zur Verfügung. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die Unterhaltsförderung und den Erfolgsbonus auszubauen, außerdem erhöhen wir den Maßnahmenzuschuss. Wir stärken die Vereinbarkeit von Familie und beruflichem Aufstieg. Mit diesen Anpassungen wird die Novelle des AFG die stärksten Leistungsverbesserungen seit Bestehen des Gesetzes bringen.

Mit dem Start des Innovationswettbewerbs in der beruflichen Bildung haben wir Innovationen für eine exzellente berufliche Bildung eingeläutet. Wichtige Entwicklungen wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sollen damit schneller Eingang in die berufliche Bildung finden. Ein Wettbewerb um die besten Ideen ist dabei natürlich nur der Anfang. Das Ziel ist selbstverständlich, die Qualität der Bildung an allen Lernorten – allen voran im Betrieb und in der Berufsschule – zu verbessern. Der Innovationswettbewerb steht für neue Konzepte in der beruflichen Bildung. Wir wollen Leistungsträger für die berufliche Bildung gewinnen. Und wir wollen die Ausbildung und daran anschließende Weiterbildung als Einheit denken.

Aus den Reihen Ihrer Bundestagsfraktion ist der Vorschlag für ein »Netflix der Weiterbildung« gekommen, als Reaktion auf die Herausforderungen und Chancen digitaler Bildung – verbunden mit einem zentralisierenden Portalansatz. Was können Sie dem abgewinnen?

Das aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte Konzept MILLA hat einen wichtigen Impuls gegeben: Wir müssen Unternehmen, weiterbildungswillige Beschäftigte und Weiterbildungsanbieter näher zusammenbringen, um die Weiterbildung der Zukunft zu gestalten. Wir brauchen mehr Transparenz und Qualität im Weiterbildungssystem. Das

»Vernetzung bestehender Plattformen und Datenbanken statt einer großen zentralistischen Weiterbildungsplattform«

sind Themen, die wir auch im Rahmen der Nationalen Weiterbildungsstrategie diskutieren. Unser Ansatz ist die gezielte Verbesserung des bestehenden Systems. Ich habe im April auf der Hannover Messe die Digitalstrategie meines Hauses vorgestellt, die eine Perspektive »Sichere digitale Bildungsräume« enthält. Geplant sind Beiträge zur Vernetzung bestehender Plattformen und Datenbanken, zur Interoperabilität von Bildungsdaten, zur Erprobung sicherer Online-Verwaltung individueller Bildungsabschlüsse und -zertifikate sowie zur Entwicklung neuer Lehr- und Lernangebote. Das ist ein Gegensatz zu einer großen, zentralistischen Weiterbildungsplattform. Und wir können dabei Entwicklungen auf europäischer Ebene, insbesondere zum Aufbau einer EUROPASS-Plattform, berücksichtigen.

Welche Chancen, welche Risiken sehen Sie für Künstliche Intelligenz im Bildungsbereich?

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine der zentralen Technologien der Zukunft. In der öffentlichen Wahrnehmung ist Künstliche Intelligenz aber auch mit Vorbehalten und Ängsten besetzt. Dabei wissen viele Menschen gar nicht so genau, wie KI funktioniert und wo wir sie

bereits im Alltag nutzen. Ein ganz praktisches Beispiel ist das Übersetzungsprogramm DeepL. Es gilt als das beste und leistungsfähigste Übersetzungsprogramm, das heute auf dem Markt ist. Und es stammt nicht etwa aus dem Silicon Valley, sondern aus Köln. Wir müssen viel mehr solcher Beispiele vermitteln. Das ist eines der Ziele des Wissenschaftsjahrs 2019. Wir brauchen Antworten: Was bedeutet Künstliche Intelligenz, wie verändert sie unser Leben und unsere Arbeit, was machen Wissenschaft und Forschung dabei, wie können wir als Gesellschaft unsere Zukunft gestalten und so weiter. Die künstliche Intelligenz bietet viel mehr Chancen als Risiken. Das müssen wir immer wieder klarmachen.

Wir können KI auch in der Bildung einsetzen, etwa um zu analysieren – das Stichwort dazu ist Learning Analytics. Das hilft dabei, digitale Produkte zu verbessern. Man darf aber nicht mit ein paar Messungen über den gesamten Lebensweg von der Kindheit an entscheiden.

Wie binden Sie Sozialpartner, Kammern und Verbände der Erwachsenen- und Weiterbildung, aber auch die Wissenschaft und die Weiterbildungsforschung bei der Entwicklung weiterbildungspolitischer Strategien und Programme ein?

Ein gutes Beispiel für die Einbindung von gesellschaftlichen Partnern ist die Nationale Weiterbildungsstrategie. Daran arbeiten wir mit den Verbänden, den Sozialpartnern und den Ländern zusammen. Wir brauchen ja den Input von möglichst allen Beteiligten. Damit stützen wir unsere Überlegungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse. Wir arbeiten dabei ganz praktisch, zum Beispiel in Workshops. Die werden durch einen wissenschaftlichen Vortrag eingeleitet – und dann erarbeiten wir daraus Ideen und Lösungen. Diese Ergebnisse nehmen wir in die weiteren Diskussionen auf. Am Ende haben wir Vorschläge, die auf Erfahrung beruhen.

Oder nehmen wir zum Beispiel die Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung, die AlphaDekade. Hier arbeiten wir mit den Ländern zusammen, um auch noch Erwachsenen das Lesen- und Schreiben-Lernen zu ermöglichen. Damit wir sie erreichen und motivieren können, binden wir Gewerkschaften, Verbände und Stiftungen mit ein. Ein wissenschaftlicher Beirat berät uns dabei.

Wie bewerten Sie die bisherige Arbeit in der AlphaDekade?

Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir haben es geschafft, dass funktionaler Analphabetismus kein gesellschaftliches Tabu mehr ist. Man spricht darüber mit Arbeitskollegen und in Talkshows – Analphabetismus ist Thema. Nun können unsere Angebote zum Lesen- und Schreiben-Lernen angenommen werden, weil man sich nicht mehr alleine fühlt und schämt. Wir wollen im nächsten Schritt Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten noch besser erreichen. Besonders die Angebote am Arbeitsplatz wollen wir verbessern.

Dass sich unsere Bemühungen lohnen, zeigt die aktuelle LEO-Studie. Sie wurde 2018 neu aufgelegt und im Mai veröffentlicht. Seit der ersten LEO-Studie im Jahr 2010 ist die Anzahl der Menschen, die als funktionale Analphabeten gelten, um mehr als eine Million gesunken. Das ist ein großer Erfolg. Auch bei Menschen, die zwar keine funktionalen Analphabeten sind, aber dennoch große Probleme mit dem Lesen und Schreiben haben, gab es eine große Verbesserung. Ihr Anteil an der erwachsenen Bevölkerung ist von 2010 auf 2018 um fünf Prozent gesunken.

Der deutsche Weiterbildungsatlas zeigt zum einen, dass das Angebot und die Beteiligung an Weiterbildung sich zwischen den Regionen deutlich unterscheiden, zum anderen, dass es Regionen in unterschiedlicher Weise gelingt, ihre Potenziale zu nutzen. Plant das BMBF, das Thema Regional-

entwicklung und Weiterbildung, für das in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Förderinitiativen wie Lernende Regionen und Lernen vor Ort wichtige Anstöße gegeben haben, weiter zu bearbeiten?

Bildung ist ein entscheidender Faktor für Entwicklung von Regionen. Attraktive, vielfältige und wohnortnahe Bildungs- und Weiterbildungsangebote können ausschlaggebend dafür sein, wo man wohnen möchte oder wo ein Unternehmen einen Standort eröffnet. So kann ein Ungleichgewicht entstehen zwischen Regionen mit einer vielfältigen Bildungslandschaft und solchen, in denen das nicht der Fall ist. Das BMBF möchte das verhindern und gegensteuern. Zum Beispiel unterstützen wir mit dem Förderprogramm »Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement« noch bis Ende 2022 bundesweit Städte und Kreise ganz gezielt beim Strukturaufbau. Ein modernes Bildungsmanagement, ein professionelles Bildungsmonitoring und neue Kooperations-Netzwerke – damit können kommunale Bildungslandschaften gezielt weiterentwickelt werden. Denn Chancengerechtigkeit soll in Deutschland keine Frage des Wohnortes sein.

2019 ist es zehn Jahre her, dass Deutschland die Behindertenrechtskonvention unterzeichnet hat. Welche Pflichten der öffentlichen Hand sehen Sie für die Umsetzung inklusiver Bildung im Bereich der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung?

Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt die Pflichten der Staaten heraus, die bestehenden Menschenrechte für alle Menschen in vollem Umfang zu gewährleisten. Das entscheidende Stichwort lautet Inklusion. Es geht um Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und volle gleichberechtigte Teilhabe.

Für die Erwachsenenbildung heißt Inklusion, dass Lernende mit ihren individuellen Bedürfnissen in den Blick

genommen werden. Und da sehe ich ein großes Potenzial, weil wir so viele unterschiedliche Angebote haben. Da kann jeder, ob mit Lernschwierigkeiten oder mit eingeschränkter Mobilität, ein passendes Angebot finden.

Wenn wir zum Beginn unseres Interviews zurückkehren: Wäre eine erfolgreiche Weiterbildungskarriere, wie Sie sie durchlaufen haben, auch für Erwachsene möglich, die unter schwierigeren Bedingungen und mit geringeren Erfolgen ihren Bildungsweg durchlaufen haben? Genügen die aktuellen Bedingungen zur Finanzierung von Weiterbildung dazu?

Finanzierung ist nicht der entscheidende Punkt. Aus meiner Sicht ist es ganz wichtig, nicht so sehr auf die Schwächen und Defizite zu schauen, sondern auf die Stärken und Potenziale von Menschen mit schwierigen Startbedingungen. Ein Beispiel dafür hatte ich ja schon genannt: das ValiKom-Modell zur Bewertung und Anerkennung von allen Fähigkeiten, die nicht in einer Bildungseinrichtung erworben wurden. Hier geht es darum zu zeigen, was eine Person kann.

Aus der Arbeit der AlphaDekade wissen wir, dass weniger Qualifizierte enge Begleitung brauchen. Gerade Menschen mit schlechten Startchancen müssen wir Mut machen und ihnen ihre Chancen zeigen.

Ganz wichtig sind dabei auch Beratungsmöglichkeiten. Das BMBF hilft zum Beispiel ganz praktisch mit seinem Beratungstelefon für die Weiterbildung. Es ist kostenlos über die bundeseinheitliche Rufnummer 0800-2 017 909 erreichbar, natürlich barrierefrei und anbieterneutral. Hier beantworten wir alle Fragen rund um Weiterbildung und Qualifizierung – und das geht weit hinaus über das richtige Angebot oder die Finanzierung.

Frau Ministerin, wir danken Ihnen für dieses Interview!